

Antrag

der Abgeordneten Dorothee Menzner, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Dr. Dagmar Enkelmann, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Veräußerung von Anteilen an der Deutschen Bahn AG stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Trotz erheblicher Kritiken von Privatisierungsgegnern hat der Deutsche Bundestag den Verkauf von Aktienanteilen der Deutschen Bahn AG (DB AG, DB) beschlossen. Die Kritik war vielfältig und umfassend. Ihre Berechtigung zeigt sich nun um so mehr, als bereits jetzt absehbar ist, dass die aktuell fortdauernde Immobilien- und Bankenkrise auch Auswirkungen auf die Pläne der Bundesregierung, Teile der DB AG zu veräußern, haben wird. Das Börsenklima für den Verkauf von Aktien an private Investoren gilt als schlecht. Beim Verkauf von Aktien der DB Mobility Logistics AG ist deshalb mit erheblichen Abschlägen zu rechnen.

Zudem hat der dramatische Vertrauensverlust an der Börse mittlerweile die US-Investmentbank Morgan Stanley erreicht, die einerseits das Unternehmen DB AG berät und andererseits als Mitkonsortialführer für die Veräußerung von DB-Aktien vorgesehen ist. Auch die Finanzhäuser Goldman Sachs (USA) und UBS (Schweiz) sind erheblich von der internationalen Finanzkrise betroffen. Damit gelten drei von vier Bankhäusern als angeschlagen, die für die Ausgabe der DB-Aktien vorgesehen sind (Stand: 18. September 2008). Für die Aktienemission bestehen also deutlich ungünstigere Voraussetzungen als ursprünglich geplant.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
die Ausgabe und Veräußerung von Aktien der DB AG unverzüglich zu stoppen.

Berlin, den 8. Oktober 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

